

Stand: 20.2.03/Roth

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort*

**Rede**  
**Thüringer Innenminister**  
**Andreas Trautvetter**  
**Ringvorlesung der Universität Erfurt**  
**„Gewalt und Terror“**  
**Terror und Gewalt – Gefahr für den**  
**Rechtsstaat**

**18. Februar 2003, 18:00 Uhr**  
**Rathaus- Festsaal Erfurt**

Herr Präsident Prof. Dr. Bergsdorf,  
Studentinnen und Studenten,

Damen und Herren,

dass die fünfte öffentliche Ringvorlesung der Universität Erfurt sich in diesem Wintersemester dem Thema Gewalt und Terror widmet, hat gute Gründe. Denn uns ist bewusst geworden, dass unser Land auch nach dem **Ende des Kalten Krieges** von außen wie von innen her gefährdet sein kann. In der globalen Welt, im global village, verwischen sich die Fronten zwischen äußerer und innerer Sicherheit. **Sicherheit ist nicht teilbar.** Krisen und Konflikte lassen sich heute nur schwer regional begrenzen. Terrorgruppen kennen keine Grenzen. Ihnen steht nahezu das gesamte High-Tech-Arsenal an Waffen zur Verfügung. Das ist bittere Realität. Und darauf müssen wir uns einstellen.

Die neue Vielzahl möglicher Konflikte, Krisen, Kriege und Terroranschläge fordert die freie Welt wie nie zuvor heraus. Sie muss für unterschiedliche Konfliktebenen und Eventualitäten gerüstet sein. Forscher und Militärstrategen sagen uns: Zu den Realitäten des 21. Jahrhunderts gehört die Vervielfältigung der Konfliktszenarien, z. B. Kampf ums Wasser, aber auch Migrationsströme oder religiöser Fanatismus. **Die Sicherheitslage wird zusehends komplexer und schwerer beherrschbar.** Wir müssen

künftig neben der allgemeinen und organisierten Kriminalität auch mit terroristischen Gefahren und Bedrohungen rechnen, die außerhalb des klassischen Spannungs- und Verteidigungsfalles liegen, die aber den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung existenziell gefährden.

**Neue Bedrohungen** werfen neue Fragen auf. Und sie fordern von uns neue Antworten, neue Ideen, neue Instrumente, um Sicherheit in Freiheit zu garantieren. Genau das ist die Aufgabe der Innenminister. Wir müssen eine intensive Grundsatzdebatte über eine **neue Sicherheitsarchitektur** führen – so wie heute abend. Und wir müssen eines wissen: - ein ehemaliger Finanzminister darf auch auf diesen Aspekt verweisen - Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Als wiedervereinigtes Land in der geopolitischen Mitte unseres zusammenwachsenden Kontinents fällt uns Deutschen eine neue, größere außenpolitische Verantwortung zu. Es darf **keinen deutschen Sonderweg** mehr geben. Wir brauchen eine Außen- und Sicherheitspolitik, die Deutschland zum zuverlässigen, berechenbaren und verantwortungsbewussten Partner in der internationalen Gemeinschaft, in der NATO wie in der

UNO macht. Mit den Friedenseinsätzen der Bundeswehr in Kambodscha, Somalia, Ost-Timor, im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan haben wir unsere Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und Risiken zum Ausdruck gebracht. Das muß aber auch für unsere Verantwortung im Rahmen der Atlantischen Allianz, auch in der aktuellen Debatte um Maßnahmen gegen den Irak, gelten. Kein vernünftiger Mensch will den Krieg im Irak. Wir müssen aber Druck machen, politisch und militärisch, um Krieg zu verhindern. Ganz nach dem römischen Motto: *si vis pacem, para bellum* : wenn du Frieden willst, bereite dich auf Krieg vor! - ein Zitat von Ovid. Oder noch besser nach Livius: *ostendite modo bellum, pacem habebitis* , übersetzt: zeigt den Krieg lediglich vor und ihr werdet Frieden haben! Also Kriegsverhütung durch Kriegsdrohung, durch militärischen und politischen Druck, wenn Vernunft nichts hilft.

Sicherheitspolitik darf jedoch nicht auf Verteidigungspolitik, auch nicht auf innere Sicherheit reduziert werden. Die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle, Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung, Einsatz für Menschenrechte und soziale Reformen, für Umwelt- und Ressourcenschutz sind unabdingbar, um Frieden und Sicherheit in Europa und

der Welt langfristig zu sichern. Nur ein so **umfassender Sicherheitsbegriff** wird der Realität von heute gerecht.

Historiker haben das vergangene 20. Jahrhundert als **Jahrhundert der Gewalt**, der Weltkriege und des Totalitarismus charakterisiert. Der Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher hat das 20. Jahrhundert das „**Zeitalter der Ideologien**“ genannt. Gewalt und Terror, in welchem ideologischen Gewande auch immer, sind elementare Bestandteile aller totalitären Regimes. Wissenschaftler von Hannah Arendt bis Leonard Schapiro haben dies immer wieder bestätigt.

Wir in den neuen Ländern kennen den fundamentalen Unterschied aus eigener Erfahrung bestens: Die Demokratie lebt von offener Konfliktaustragung. In der Diktatur aber werden Konflikte mit Gewalt eliminiert. Unsere Feinde im Kampf um Sicherheit und Freiheit sind darauf aus, unsere Gesellschaft in ihren Fundamenten, in ihren Grundwerten zu zerstören, gerade weil sie offen, tolerant, pluralistisch und demokratisch ist. Sorgen wir, Bürger und Politiker, also dafür, dass nicht nur deren Angriff auf unsere Sicherheit scheitert, sondern auch deren Angriff auf unsere Grundwerte. Gewalt ist immer eine Verletzung der Würde des Menschen.

Die **Sicherheitsidee des modernen freiheitlichen Rechtsstaates** hat sich in drei Stufen entwickelt:

- 1. Sicherheit als Verhinderung zwischenmenschlicher privater Gewalt, garantiert von einer starken Staatsmacht (diese Idee geht auf Thomas Hobbes, Leviathan Staat, zurück)
- 2. Sicherheit als Schutz bürgerlicher Freiheit vor Erdrückung durch den übermächtigen Staat, (John Locke: Sicherheit vor dem Hüter der Sicherheit)
- und 3. Sicherheit als gesetzlich fundierte soziale Absicherung der Menschen gegen die Risiken aus gelebter Freiheit, also die Sozialstaatsidee.

Im modernen Staat demokratischer Prägung sind diese drei Sicherheitsaspekte zu einer umfassenden Sicherheitsidee verschmolzen, im Grundgesetz ausgedrückt durch den Begriff demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Wir haben aus der Geschichte die Lehren gezogen. Im Unterschied zur Weimarer Republik bekennt sich das Grundgesetz ausdrücklich zur wehrhaften Demokratie nach dem Motto: keine Freiheit den Feinden der Freiheit.

Innere und äußere Sicherheit beeinflussen die Lebensqualität, **Sicherheit** ist so etwas wie ein **soziales Grundrecht**. „**Ohne Sicherheit ist keine Freiheit**“, sagt

der Philosoph Wilhelm von Humboldt. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Nur wer ohne Angst um sich, seine Familie und sein Eigentum leben kann, ist wirklich frei. Wer sich abends nicht mehr auf die Straße traut, der erlebt Angst vor Gewalt und Kriminalität als soziale Ausgangssperre. Freiheit heißt auch Freiheit von Gewalt und Terror.

Das ist jedenfalls Ziel unserer Sicherheitspolitik . Hysterie allerdings war schon immer ein schlechter Ratgeber. Die Kriminalitätslage gibt dazu auch keinen Anlaß: Gewaltdelikte – etwa Körperverletzung – machen in Thüringen weniger als drei Prozent aller Straftaten aus.

Das Thema **innere Sicherheit** wird zur Zeit vor allem von politischem Extremismus, von fanatischem Terrorismus und von Fremdenfeindlichkeit beherrscht. Der demokratische Staat muss vor politisch motivierter Gewalt und religiös verbrämtem Fanatismus geschützt werden. Extremistische politische Organisationen haben in Deutschland rund 150.000 Mitglieder, von denen nicht wenige gewaltbereit sind. Diese Organisationen müssen wirksamer überwacht und ggf. verboten werden. Das Vereinsgesetz muss geändert werden, um Ausländervereine auch unterhalb der Schwelle der aggressiv-kämpferischen Betätigung notfalls verbieten zu können.

Zur Sicherheit gehört auch der Kampf gegen die **Organisierte Kriminalität** in all ihren Facetten, vom Rauschgifthandel bis zum Menschenhandel. Während Terrorismus sich durch seine politische oder religiöse Zielsetzung auszeichnet, ist organisierte Kriminalität gewinnorientiert und darauf ausgerichtet, die staatlich-gesellschaftlichen Strukturen, ohne sie zu zerstören, parasitenähnlich auszunutzen. Wir brauchen Waffengleichheit zwischen der Polizei und der sich ständig modernisierenden international operierenden organisierten Kriminalität, etwa innovative und verdeckte Ermittlungsmöglichkeiten der Polizei. Unsere **Verfassungsschutzbehörden** müssen auch zur Bekämpfung organisierter Kriminalität eingesetzt werden, so wie die in Thüringen der Fall ist. Laut Europol gibt es europaweit etwa 5000 Netze organisierter Kriminalität.

Noch immer wird innere Sicherheit von der Diskussion über Bekämpfung des weltweit agierenden **Terrorismus** bestimmt. Angst ist ein Verbündeter des Terrors. „Mächtig ist der Terror so lange, wie ihm etwas Mythologisches anhaftet“, sagt der ungarische Schriftsteller György Konrad. Terror, dies ist nicht anderes als eine höhere Stufe von



Gewaltkriminalität. Terrorismus, das ist verdeckter, unerklärter Krieg aus dem Hinterhalt.

Die freie Welt darf sich nicht durch Terror das Gesetz des politischen Handelns aufzwingen lassen. Der 11. September 2001 war ein Wendepunkt des so genannten **neuen Terrorismus**, medienwirksam inszeniert nach den Prinzipien des Heiligen Krieges, ein Krieg gegen die zivilisierte Welt, ein Musterbeispiel für Terrorismus als vorsätzlich motivierte Gewalt. Ideologische Fanatiker und Fortschrittsfeinde wollen uns hinter die Zeit der Aufklärung und des technologischen Zeitalters zurückbomben. Der Terrorismus hat der zivilisierten Welt den Krieg erklärt. Und die freie Welt hat die richtige Antwort entschlossen gegeben: die **internationale Allianz gegen das weltweite Netz des Terrors**.

Und auch wir im Freistaat Thüringen haben rasch und konsequent gehandelt: Mit unserem **Programm für mehr Sicherheit im Freistaat Thüringen** mit insgesamt 25 Mill. € und 141 neuen Stellen für die innere Sicherheit. Mit mehr Geld und mehr Stellen allein werden wir die Krake Terrorismus allerdings nicht in Schach halten können. Wir fahren in Thüringen mit Erfolg eine **Doppelstrategie aus Repression und Prävention**.

Der Kampf gegen den Terrorismus fordert nicht nur wirksamere Sicherheitsmaßnahmen. Notwendig ist auch eine **geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus** und seinen Ursachen – diese Ringvorlesung ist bestes Beispiel dafür.

Nicht der Islam als Religion verübt Gewalt, sondern verblendete Fanatiker unter dem Vorwand der Religion sind gewalttätig. Wir führen keinen Kampf der Kulturen ( wie ihn Samuel Huntington in seinem weltweit bekannten Buch „clash of civilizations“ beschworen hat), also keinen Kampf der Kulturen, sondern einen Kampf zwischen Terror und Menschenwürde, zwischen Fanatismus und Freiheit. Es geht also nicht um Sicherheit oder Freiheit, es geht um Sicherheit und Freiheit.

**Destabilisierung des internationalen Systems** und radikale Kampfansage an die moderne Zivilisation, das ist Ziel und Strategie des neuen Terrorismus. Selbstverständlich gilt es zwischen dem Islam als Religion mit mehr als einer Milliarde Menschen und dem Islamismus als politischer Heilsideologie zu differenzieren. Dennoch sollten wir keiner naiven **Islamfiktion** anhängen, also der Verharmlosung des Islam. Vergessen wir bitte eins nicht: Der Islam als Religion propagiert die Verbreitung durch das

Schwert, durch den so genannten heiligen Krieg. Und auch in unseren bundesdeutschen Großstädten ruft der Muezzin vom Minarett seiner Moschee „Tod allen Ungläubigen“. Es fragt sich also, wie weit unsere Toleranz gehen kann. Solange der Islam als Religion (nicht nur der Islamismus als Ideologie!) von der Idee der militanten Intorelanz anderen Religionen gegenüber ausgeht, ist zwar Waffenstillstand möglich, echter Friede aber kaum.

Wissenschaftler wie Samuel Huntington schätzen die Möglichkeit einer Koexistenz zwischen der islamischen und nicht islamischen Welt als äußerst gering ein. Es gibt nur eine einzige überzeugende Erklärung für den schrecklichen neuen Terrorismus: das Spannungsfeld zwischen der Endzeitsituation hoffnungsloser Gesellschaften, die von der Globalisierung abgekoppelt oder abgeschirmt sind und zwischen der modernen Zivilisation. Der 11. September ist der Beginn eines neuen Zeitalters des Terrorismus. Seitdem ist in der Tat nichts mehr, wie es war. Der neue Terrorismus ist **Reaktion und Gegenentwurf zur Moderne**, radikal durchgesetzt mit schrecklichen Formen der Gewalt.

Der 11. September - war dies nicht primär ein Medienereignis, für ein Milliardenpublikum inszeniert, einschließlich der zehnminütigen Pause, in der die Kameras

der Welt installiert waren? Und das haben sich ganz bestimmt nicht afghanische Stammeskrieger ausgedacht, sondern in der Moderne großgewordene Islamisten. Islamismus als modernes Phänomen des Islam ist reaktive Bewegung auf die Modernisierung. Auch wenn die Attentäter Flugzeuge steuern.

Die Niederlage der Araber gegen Israel im Sechstagekrieg von 1967, dies war die **Geburtstunde des Islamismus**, die Umwandlung des Islam zur radikal politisierten Religion, eine Art Kulturrevolution. Seit diesem Datum ist der Dschihad nicht mehr wie früher „Anstrengung des Glaubens“, sondern Kampf zur Durchsetzung des Islams. Ein Fanatismus der Gotteskrieger, die Glauben sagen und Terror meinen. Nicht der Tod des Einzelnen, sondern die **kollektive Angst** ist das Ziel. Der neue Terrorismus des 11. September traf die Opfer an Orten, die symbolische Zentren des Wohlstands, der Sicherheit und Stärke der freien Welt sind. Eine perfide Inszenierung, die ein Höchstmaß an Mediensensation zum Ziel hat. Voll getankte und voll besetzte Düsenjets als Raketen gegen Wolkenkratzer zu benutzen, dies zeigt die fürchterliche Potenzierung der Zerstörungskraft, wenn organisierter, religiös fanatischer und politisch motivierter Terror kriminelle mit technisch-physikalischer Energie verbindet.

Rein akademisch und rational werden wir dieses Problem nicht lösen können. Da brauchen wir schon eine Abwehr- und Gegenstrategie.

Wenn sich dazu noch der Vernichtungswille mit dem Willen zur Selbstzerstörung multipliziert, dann scheitert sogar das ethisch bescheidene, aber realistische Modell eines Immanuel Kant vom Rechtsstaat und dem friedlichen Zusammenleben der Menschen. Nach Kant wäre dieses Problem selbst für ein Volk von Teufeln auflösbar, wenn sie nur Verstand haben. Doch mit dem Verstand allein ist das Phänomen neuer Terrorismus nicht faßbar. Genau das macht ihn so teuflisch gefährlich, so unberechenbar! Darum ist gegenüber Terroristen nur eine zero-tolerance -Strategie möglich.

Einer der bekanntesten Islamforscher in Deutschland, Prof. Bassam Tibi, hat darauf hingewiesen: Der Islamismus ist generell gegen den säkularen Staat gerichtet, Islamisten wollen den **Gottesstaat – die Theokratie** - auf der Grundlage der Scharia errichten, sie wollen den Dschihad, den heiligen Krieg führen, gegen den Feind, in der Sprache des Koran „mit dem Herzen, der Zunge, den Händen und dem Schwert“. Da der höchste Lohn dem winkt, der im Kampfe fällt, haben die Glaubenskämpfer (Mudschahidin)

eine rational nicht faßbare Motivationskraft, bis hin zur Selbstzerstörung.

Es zählt zu den Wesensmerkmalen des neuen Terrorismus, dass meist die untere soziale Schicht die terroristischen Anschläge ausführt bis hin zu Selbstmordattentätern, dass aber die Gehirne aus der oberen Schicht kommen, dass sie ihre Flugscheine in den USA erwerben und ihr Studium in Europa absolvieren. Bruce Hoffmann, amerikanischer Terrorismusexperte, definiert **Terrorismus als System von auf Zwang beruhender Einschüchterung**, von Gewalt im Dienst eines politischen Ziels. Nach Frederick Hacker, einem anerkannten Terrorismusexperten, streben Terroristen danach, einzuschüchtern und durch Einschüchterung zu herrschen. Durch gewalttätiges Handeln suchen sie Publizität. Die Medien erweisen sich als Verbündete der Terroristen. Terrorismusexperten weisen darauf hin: Bei religiösen Terroristen ist die Gefahr, Massenvernichtungsmittel einzusetzen, weit höher. Keine Frage: Der Terrorismus, vor allem der neue Terrorismus, ist heute eine der größten Gefährdungen des Friedens. Das gilt vor allem für den ABC-Terrorismus, der nicht vor dem Einsatz von Atomwaffen, von biologischen und chemischen Kampfmitteln zurückschreckt. Die Anthrax-Hysterie war nur die Generalprobe dafür, wie ein Päckchen weißes Pulver

die Welt der Technik aus den Angeln hebt. Wie aber reagieren wir im Ernstfall?

Für mich ist es plumpe Demagogie, wenn die konsequente Antwort der zivilisierten Welt auf Terroranschläge mit dem Terror auf eine Stufe gestellt wird. Die USA und ihre Verbündeten haben dem internationalen Terrornetzwerk und den sie unterstützenden Regimen den **Antiterrorkrieg** angesagt. Für die USA war der 11. September das Pearl Harbor (1941) der industriellen Zivilisation. Die Terroranschläge in Tokio, in Nairobi und Daressalam sowie am World Trade Center waren eine **Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt**. Nicht umsonst hat die NATO erstmals den Bündnisfall ausgerufen. Und derzeit bangen wir um Krieg oder Frieden im Irak.

Für den französischen Philosophen Bernard Henry Levy ist der Islam in seiner fundamentalistischen Reform nicht anderes als „der dritte Faschismus nach dem braunen und dem roten“. Daher hat der amerikanische Präsident George Bush zum Kampf gegen jene aufgerufen, die „unsere Freiheiten, unsere Werte, unsere Zivilisation“ zerstören wollen.

Die gegenwärtige **Irakkrise** wird zum außenpolitischen Pisa-Test für Europa. Große Teile Europas rücken an die

Amerikaner heran - Deutschland dagegen geht auf Distanz. Bundeskanzler Gerhard Schröder propagiert einen fatalen deutschen Sonderweg. Aus der Geschichte wissen wir: selbst älteste Allianzen halten nur so lange, wie die Bedrohung andauert. Die Bedrohung ist – in anderer Form als zu Zeiten des Kalten Krieges – weiter vorhanden, wir brauchen die Atlantische Allianz, wir brauchen die weltweite Antiterror-Allianz gegen die „Achse des Bösen“ (Bush).

**Innere Sicherheit** ist Voraussetzung für wirksame Abwehr **äußerer Bedrohung**. Der Export von Stabilität setzt innere Stabilitätssicherung voraus. In Deutschland leben rund 60.000 ausländische Extremisten, überwiegend islamistischer Herkunft.

Mit ihren beiden **Antiterrorpaketen** hat die Bundesregierung auf den 11. September reagiert: mit Streichung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht, mit einem Verbot des Kalifatstaates, mit Stärkung des Verfassungsschutzes. All dies genügt nicht. Wir brauchen das **Antiterrorpaket Nummer drei**. Wir müssen noch vorhandene Schutzlücken schließen. So brauchen wir eine auf Tatsachen gestützte Verdachtsausweisung. Sprich: für die Ausweisung verdächtiger Extremisten soll es künftig genügen, wenn auf Indizien wie Abhörmaßnahmen oder



Zeugenaussagen gestützte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie einer terroristischen Vereinigung angehören oder sie unterstützen.

Innerhalb eines Jahres wurden in Deutschland mehr als 200.000 Visa für Angehörige aus rund 20 Problemstaaten erteilt. Um terroristische, so genannte Schläfer aufzuspüren, brauchen wir die Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder bei der Einbürgerung. Wer Terrorismus öffentlich billigt, sollte abgeschoben werden. Wir sollten Mitglieder in einer terroristischen Vereinigung die erteilte doppelte Staatsangehörigkeit wieder entziehen. Vor allem sollten wir **biometrische Daten** in den Pass aufnehmen. Was im Hannoveraner Zoo für die Dauerkarte möglich ist, dies muss doch auch bei der Einreise am Flughafen Frankfurt möglich sein.

Wir brauchen die **Regelanfrage beim Verfassungsschutz** zur Aufenthaltserlaubnis oder zur Einbürgerung. Die originellste Regelung hat wohl Schleswig-Holstein. Dort gibt es eine Anfrage nur dann, wenn der Bewerber zustimmt. Das ist absurd, wir brauchen eine bundeseinheitliche Regelanfrage. Die Werbung für terroristische Vereinigungen muss wieder als Straftatbestand eingeführt werden, eine Legalisierung ist nichts anderes als geistige Brandstiftung.

Wir brauchen auch die gesetzliche Grundlage für Objektschutz oder Anti-Terroreinsatz der **Bundeswehr im Inneren**. Ich werde dies als derzeitiger Vorsitzender der Innenministerkonferenz mit meinen Kollegen intensiv diskutieren. Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden. Die Bundeswehr ist personell und technisch für Anti-Terrorkampf gut geeignet. Dort ist die ganze Technik, Kompetenz und Logistik dafür vorhanden. Braucht man wirklich erst den Ernstfall, dass man darauf kommt? War uns die Flugzeugkaperung in Frankfurt nicht Warnung genug?

Um nicht missverstanden zu werden: die Bundeswehr soll nicht zu einer Polizeieinheit werden. Wir brauchen aber klare rechtliche Rahmenbedingungen, damit man im Inland zur Gefahrenabwehr und zum Schutz der Bevölkerung schnelle Entscheidungswege hat. Dies gilt vor allem für einen Einsatz im Luftraum. Wir brauchen den Einsatz von Soldaten, auch zur besseren Sicherheit gefährdeter Objekte. Wenn wir mit unserer Polizei alle amerikanischen, englischen und israelischen Einrichtungen absichern wollten, dann wären wir nicht mehr präsent in anderen Bereichen, dann haben die Ganoven auf den Straßen Feiertag.

Wir brauchen auch eine bessere Koordination von Notfallplänen. Bei Naturkatastrophen sieht man, dass die Koordination zwischen den Ländern und auf der kommunalen Ebene doch noch Nachholbedarf hat. Wir brauchen den modernen Digitalfunk für die Sicherheitskräfte.

Was Deutschland braucht, ist eine umfassende stabile Sicherheitsarchitektur. Zentraler Punkt ist: es muss möglich sein, die Einreise gewaltbereiter Extremisten nach Deutschland zu verhindern oder, sofern sie bereits im Land sind, sie auszuweisen.

Wir brauchen:

- Erweiterung der Verbotsmöglichkeiten für extremistische Vereine,
- Aufnahme biometrischer Daten in Ausweispapiere,
- Versagungsgrund für Visa- und Aufenthaltsgenehmigungen bei Terrorismus- und Extremismusverdacht,
- Ausweisung und Abschiebung gewaltbereiter Ausländer bei Terrorismusverdacht,
- Erfassung und Speicherung der Daten in punkto Religionszugehörigkeit und ethnischer Herkunft im Ausländerzentralregister,
- Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei Einbürgerung und unbeschränkten Aufenthaltsrechten,

- Wiedereinführung der Kronzeugenregelung bei der Terrorbekämpfung.

Das ist ein Programm zur äußeren und inneren Sicherheit!

**Liberalismus und Toleranz** – ein hohes Gut - sind gegenüber Extremisten fehl am Platze. Deutschland darf nicht zum Ruhe- und Vorbereitungsraum für internationale terroristische Anschläge werden. Es gilt, die Einreise von Extremisten und Terroristen zu verhindern, Extremisten und Terroristen frühzeitig zu identifizieren. Extremisten und Terroristen müssen unser Land verlassen. Es darf keinen deutschen Pass für Extremisten und Terroristen geben.

Wir müssen Deutschland vor Terroristen sicherer machen, wir müssen Straf- und Prozessualinstrumente verschärfen, wir müssen die Prävention verstärken und nicht zuletzt die Schlagkraft der **Nachrichtendienste und des Verfassungsschutzes** verbessern.

Ist es nicht paradox, dass ausgerechnet die Partei, die offen Sympathie für die Ära der Stasi zeigt, nämlich die PDS, heute den Verfassungsschutz abschaffen will? Ist es nicht absurd, wenn die PDS ständig danach fragt „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz“? Wie wärs denn, wenn wir die Frage mal rumdrehen: wer schützt denn unsere Verfassung vor deren Feinden?

**Der Verfassungsschutz in einem freiheitlichen Rechtsstaat ist das legitime Frühwarnsystem der freiheitlichen Demokratie.** Eines ist natürlich auch klar: wer vom Grundgesetz nicht allzu viel hält, der hält auch von der Instanz nicht allzu viel, die die Werte des Grundgesetzes schützen soll. Wer unseren parlamentarisch kontrollierten Verfassungsschutz mit Gestapo oder Stasi vergleicht, der diffamiert diesen nicht nur, sondern verkennt eines: unser Verfassungsschutz hat keine Zwangsbefugnisse, er ist zudem an Recht, Gesetz und Verfassung gebunden und wird von strenger rechtsstaatlicher Kontrolle begleitet. Wir haben jedenfalls in Thüringen unseren Verfassungsschutz ganz bewußt gestärkt, gerade weil wir solche Systeme nicht mehr wollen, die Stasi oder Gestapo zum Überleben brauchen.

**Ziel unserer offensiven Sicherheitspolitik** ist es, unsere Bevölkerung vor Extremismus, Terrorismus und Gewalt wirksam zu schützen. Wir wollen nicht nur reagieren, sondern agieren, Gewalt und Terror vorbeugen und verhindern. Nur so werden wir die „Achse des Bösen“ (Bush) aus den Angeln heben können.

**Fazit: Terrorismusabwehr steht auf unserer sicherheitspolitischen Agenda weit oben.** Dies gilt für

den militärischen, nachrichtendienstlichen oder polizeilichen Bereich. Es ist Aufgabe der Politik, eine internationale Antiterrorcoalition zu schmieden und am Leben zu halten. Es ist unser aller Aufgabe, die tieferen Ursachen des Terrorismus zu erforschen und sich nicht auf die Bekämpfung von Symptomen zu beschränken. Wir brauchen als Gegenmaßnahme gegen den Terrorismus eine wirksame **Doppelstrategie von Prävention und Repression, von Gefahrenabwehr und Ursachenbekämpfung.**

Terror, weltweiter Terror, gedeiht besonders im Umfeld historischer und ethnischer Konflikte, im Umfeld von religiösem Extremismus und Fanatismus. Der Terror aus dem Islam speist sich natürlich auch aus dem Nahostkonflikt. Dessen Lösung ist ein zentraler Schlüssel für das friedliche Zusammenleben nicht nur im Nahen Osten, sondern auch für die gesamte westliche Welt und den islamischen Raum insgesamt.

Der Europäischen Union kommt hier neben den USA eine gestaltende Rolle zu. Wir können Weltpolitik nicht von der Zuschauertribüne machen. Wir müssen künftig in Deutschland den Ernstfall mehr als bisher bedenken. Dies ist ein schmerzlicher Einschnitt für die heutige Generation in Deutschland. Wir müssen uns bewusst werden, wie

verletzlich unsere hoch entwickelte moderne Industriegesellschaft eigentlich ist. Und wir müssen erkennen, dass das Ende des Kalten Krieges weder der Beginn des ewigen Friedens war noch „das Ende der Geschichte“ (wie es der Wissenschaftler Francis Fukuyama glaubte). Wir haben den Kalten Krieg überwunden, aber ganz neue „heiße“ Konflikte – meist lokaler Art – bekommen. 1990 hatten alle gedacht, mit dem Ende des Kalten Krieges sei eine lange Friedensperiode angebrochen. Bereits 1992 – mit dem Balkankrieg – wurden wir eines Besseren belehrt.

**Wo liegen die eigentlichen Gründe für Terror und Gewalt?** Letztlich in den Köpfen der Menschen. Gottfried-Wilhelm Leibnitz, der Erfinder der Rechenmaschine, hat vollkommen Recht mit seiner These: Die Fehler der Menschen, mit denen wir den Erdball ruinieren, sind nicht nur auf bösen Trieb, sondern auf **falsches Denken** zurückzuführen. Daher ist es so wichtig, dass diese **Ringvorlesung** der Erfurter Universität das Thema Terror und Gewalt aufgreift. Richtiges Denken, das heißt in der Sicherheitspolitik: wehret den Anfängen, null Toleranz gegenüber Verbrechen, Gewalt und Terror. Das heißt aber auch: in den Köpfen der Menschen das Bewußtsein

stärken, dass Gewalt und Terror immer einen Angriff auf die Würde des Menschen bedeuten.

Konkret: Wir müssen der Organisierten Kriminalität, der Gewaltkriminalität und dem internationalen Terrorismus die Stirn bieten. Schutz vor Gewalt und Kriminalität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir setzen auf das Zusammenwirken der Bürger. Nicht zuletzt deswegen hat die Thüringer Landesregierung die im Innenministerium angesiedelte **Koordinierungsstelle Gewaltprävention** geschaffen. Sie koordiniert ressortübergreifend für die gesamte Landesregierung Netzwerke gegen Gewalt. Sie setzt mit ihren Handlungsstrategien ganz früh, bei der Jugend an! Und sie setzt auf Prävention.

Die Bürger haben Anspruch auf einen starken Staat, der den Schutz im Innern und nach außen bietet. Sicherheit ist unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit und Wohlstand. Ein liberaler Staat muss auch ein wehrhafter Staat sein, sonst hat die freiheitliche Demokratie keinen Bestand. Wir müssen Schluss machen mit ideologischen Vorbehalten gegen wirksame Befugnisse von Polizei, Bundeswehr und Justiz zur Bekämpfung von Terror und internationaler Kriminalität. Öffentliche Propaganda für Gewalt und Fanatismus ist nichts anderes als Volksverhetzung. Wer



das Gastrecht des weltoffenen Deutschland zum Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung missbraucht, der hat bei uns keinen Platz.

Die **Wissenschaft** beschäftigt sich seit Jahrhunderten mit dem Thema Gewalt. Dies zieht sich von Thomas Hobbes Kampf aller gegen alle („bellum omnium contra omnes“ oder homo homini lupus - also der These vom Menschen als des Menschen Wolf) bis hin zur Diskussion der letzten Jahre über die so genannte **strukturelle Gewalt**, eine fragwürdige These von Herbert Marcuse und Johan Galtung. Wer den Gewaltbegriff so sehr ausweitet, wer jede Hierarchie in Staat und Wirtschaft, wer alle Systeme mit ungleicher Macht und ungleicher Besitzverteilung als strukturelle Gewalt definiert, wer die „Gewalt des Bestehenden“ (so Herbert Marcuse) kritisiert, der verharmlost das Gewaltproblem in unverantwortlicher Weise. Und der gibt von vornherein jeglichen Versuch der Domestizierung von Gewalt auf. Das ist ein unverantwortliches inflationäres Verständnis von Gewalt! Wer Gewalt nicht abgrenzt, der kann Gewalt auch nicht ausgrenzen. Und genau dies macht das moderne akademische Gerede von struktureller Gewalt so gefährlich. Demnach übt ein Innenminister strukturelle Gewalt über seine Polizisten oder ein Universitätspräsident strukturelle

Gewalt qua Amt – etwa durch die Prüfungsordnung - über seine Studenten aus. Auch die Differenzierung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen ist äußerst gefährlich. Wer „Gewalt gegen Sachen“ klassenkämpferisch für legitim hält, der wird auch bald Gewalt gegen Personen gut heißen! Mit der APO hat es begonnen, mit RAF-Morden seinen Höhepunkt erreicht.

Gewalt muß rechtsstaatlich in Schach gehalten werden. Nicht umsonst gibt es das staatliche Gewaltenmonopol und die Gewaltenteilung in freiheitlich-demokratischen Systemen.

Auch die **Kunst** hat sich mit dem Thema Gewalt intensiv auseinander gesetzt. Im Guggenheim-Museum in New York hängt das Bild des englischen Malers Francis Bacon (1962) „drei Studien für eine Kreuzigung“. Der Künstler suggeriert die Gewalt, indem er das Opfer, nicht den Täter zeigt, indem er die Folgen der Gewalt sichtbar macht: nämlich den geschundenen menschlichen Körper. Mit dem Kopf nach unten ist das Opfer aufgehängt, die schändlichste aller Martern. Der aufrechte Gang des Menschen wird so ins Gegenteil verkehrt.

Ich zitiere: „In der physischen Zerstörung liegt die Substanz aller Gewalt. Aber das ist nicht alles. Der Körper ist nicht ein Teil des Menschen, sondern dessen konstitutionelles Zentrum. Daher trifft die Verletzung zugleich Seele und

Geist, das Selbst und die soziale Existenzweise“, schreibt Wolfgang Ivers in seinem „Traktat über die Gewalt“. In der Tat: Gewalt trifft den Menschen in seinem Innersten, sie unterwirft ihn als Ganzen, in seiner Totalität. Gewalt zerstört Wille und Geist, entwürdigt den Menschen. Alle Gewaltverherrlicher und Fanatiker von Terror und Gewalt sollten sich dieses Kunstwerk im Guggenheim-Museum oder im Kunstlexikon anschauen.

**Sicherheit und Freiheit** gehören zusammen. Wer Recht bricht, muß mit konsequenter Verfolgung rechnen. Wir lehnen die Verharmlosung von Rechtsbruch und Gewalt ab, euphemistisch verbrämt unter dem Schwindeletikett „Entkriminalisierung“. Strafrechtliche Sanktionen dürfen nicht aufgeweicht werden. Wir werden Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit konsequent entgegentreten. Wir werden auch im Internet keine rechtsfreien Räume dulden. Und wir appellieren an die **Medien**, ob Internet, ob Fernsehen, Film oder Videoclips verbannen Sie endlich Gewalt vom Bildschirm. Haben die Medien aus dem schrecklichen Ereignis am Erfurter Gutenberg-Gymnasium nichts gelernt?

Nach dem 11. September, dem bisher schrecklichsten aller Terroranschläge, müssen wir alle umdenken. Das Attentat ist ein Angriff auf unser Denken, auf unsere Werte und

Ideale. Wir müssen uns fragen: Stehen unsere Türme noch? Hält unser Wertefundament noch stand? Die freie Welt muss für ihre Ideale, für ihre Werte eintreten. Eine reine Spaßgesellschaft, die sich ihrer eigenen Grundwerte nicht bewusst ist, die nicht bereit ist, auch im Geisteskampf für Ideale einzutreten, hat in diesem Konflikt keine Chance. Präventive und offensive Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Gewalt sind und bleiben wichtige Ziele der Thüringer Landesregierung. Denn die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellt ein hohes Gut dar. Der Kampf für eine menschliche und tolerante Gesellschaft, um Freiheit, Menschenwürde und Demokratie ist nie endgültig gewonnen. Nicht nur die Politik, auch die **Zivilcourage des Bürgers** ist hier stets aufs Neue gefordert. Mit jeder Generation stehen wir erneut vor der Aufgabe, diese Grundwerte zu vermitteln. Und das ist ein gesamtgesellschaftliches, nicht nur politisches Anliegen.

Gewaltkriminalität, politischer Extremismus sowie religiöser Fanatismus müssen an der Wurzel, an den Ursachen, nicht an den Symptomen bekämpft werden. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf allen Einrichtungen, die mit der Erziehung, mit Bewusstseinsbildung und Wertevermittlung zu tun haben. Ich danke der Universität Erfurt und allen Institutionen, die diese Ringvorlesung unterstützen, dass

sie dieses wichtige Thema unserer inneren und äußeren Sicherheit in den öffentlichen Brennpunkt gerückt haben.

**Bilden wir gemeinsam aus Respekt vor der Würde des Menschen eine Allianz gegen Gewalt!**